

Liebe Leserin, liebe Leser,

im Medienbild sind die USA Schuld an der dramatischen Weltfinanzkrise, die inzwischen die Wirtschaft niederdrückt, Hunderttausende Arbeitsplätze zerstört und die ohnehin grauenhafte Not vieler Menschen im Süden der Erde noch weiter verschlimmert. Die meisten europäischen Politiker haben sich den neuen Antiamerikanismus zu Eigen gemacht. Finanzminister Steinbrück meinte in seiner Regierungserklärung am 25. September 2008: »Die USA sind der Ursprung der Krise, und sie sind der Schwerpunkt der Krise.« Ursachen in der deutschen und europäischen Politik verneinte er in einem Interview mit der »Welt« ein halbes Jahr zuvor ausdrücklich. Als ihn die Zeitung fragte »Welchen Anteil hat die deutsche Politik daran, dass die US-Finanzkrise gerade die öffentlich-rechtlichen Landesbanken in Deutschland so stark betrifft?«, antwortete er: »Was reden Sie denn da für einen Unsinn? Was soll die Bundesregierung dafür können, wenn einige Manager ihre Risiken nicht richtig einschätzen können? Den Schuh zieh ich mir für die Bundesregierung nicht an.« Die Tatsachen sehen jedoch völlig anders aus.

Die Ursachen

Es gibt keinen Zweifel, dass die Politik, die zum jetzigen Desaster geführt hat, in den USA begonnen wurde. Aber abgesehen davon, dass ihre Ideologen reihenweise europäische Preise erhielten und in Europa ihre Nachbeter an den Wirtschaftslehrstühlen und in den Medien fanden, sind doch einige mehr als wesentliche Ergänzungen an jenem Bild erforderlich, dass deutsche Regierungsmitglieder und ihre europäischen Kollegen von sich zeichnen. *Erstens* ist die tiefste und kaum diskutierte Ursache des jetzigen Zusammenbruchs nicht die Profitgier der Bank- und Fondsmanager und auch nicht die Deregulierung der Finanzmärkte, sondern die Politik der massiven Umverteilung von Unten nach Oben, auch und gerade in Europa. Sie hat in den vergangenen drei Jahrzehnten gigantische finanzielle Mittel in wenigen Händen angehäuft und gleichzeitig die Massenkaukraft geschädigt. Der Effekt: Oben war unendlich mehr liquides Kapital vorhanden, als sinnvoll in der realen Wirtschaft investiert werden konnte, unten gab es immer weniger Geld für den Konsum. Allein in der EU-15 wurde die Lohnquote von 1975 bis 2006 von 76,3 auf 66,2 Prozent gedrückt. Während sich 1980 das weltweite Bruttosozialprodukt und die liquiden Finanzressourcen noch weitgehend deckten, übertrafen die Finanzmittel 2006 das BSP um fast das Vierfache (48,3 zu 167 Billionen US-Dollar). Die US-Regierung und, zum Teil noch stärker, die westeuropäischen Regierungen schufen diesem Kapitalüberfluss daher neue Märkte: im Finanzbereich selbst, nicht zuletzt durch einen Casinokapitalismus, durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, durch aggressiven Freihandelskapitalismus. Allein durch die fortschreitende Privatisierung der Altersvorsorge flossen den Pensionsfonds, einer der größten Quellen für die Spekulationen durch Banken und andere Akteure, bis 2006 22,6 Billionen US-Dollar zu. Die EU hat dazu auch mit der Betriebsrentenrichtlinie 2001 einen verheerenden Beitrag geleistet. Erst durch diese politisch organisierten Verwertungsbedingungen hat sich auch die »Gier« der Manager, Aktien- und Fondsbesitzer entladen können. *Zweitens* gab es eine sehr aktive deutsche und europäische Politik zur Liberalisierung der Finanzmärkte. Sie begann mit der »Einheitlichen Europäischen Akte« 1987, mit der der europäische Binnenmarkt zunehmend von politischer Regulierung und gemeinsamen Regeln befreit wurde. Der Vertrag von Maastricht (1992) führte einen radikalen Mo-

netarismus ein, der, anders als das deutsche »Stabilitätsgesetz« von 1967, nicht mehr die gleichzeitige Orientierung an Geldwertstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung, sondern nur noch monetaristische Ziele definiert. Die Europäische Zentralbank wurde jeder politischen und makroökonomischen Kontrolle entzogen. 1999 beschloss die EU-Kommission den Plan für Finanzdienstleistungen mit 40 Liberalisierungsmaßnahmen, den die europäischen Regierungen mit der »Lissabon-Strategie ab dem Jahr 2000 umsetzten. Deren erklärtes Ziel, die EU mit einem durchschnittlichen Wachstum von drei Prozent bis 2010 zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt zu machen, ist längst grandios gescheitert. Die eigentlichen Absichten – Sozialabbau, Deregulierung und Schaffung eines europäischen Finanzmarktes – sind dagegen mit Nachdruck realisiert worden und haben maßgeblich zur jetzigen Krise beigetragen. *Drittens* waren es tatsächlich insbesondere die USA, die durch ihre Finanz- und imperiale Kriegspolitik eine Verschuldungswirtschaft aufbauten. Die EU verhielt sich dazu und zur Deregulierung und Intransparenz der internationalen Finanzmärkte jedoch passiv, ihre gelegentliche Kritik blieb schwach und wirkungslos. An der Deregulierung der Finanzmärkte und der Finanzierung der US-Schulden nahmen sie und die europäischen Banken jedoch sehr aktiv teil.

Krise und Chance

Die aktuelle Krise ist vor allem Ausdruck für die Erschöpfung und das Scheitern der neoliberalen, marktradikalen, Politik, die seit den 70er Jahren ideologisch und politisch durchgesetzt wurde. In dieser Hinsicht kann die Krise auch Chance sein – wenn der Irrweg von Deregulierung, Privatisierung und Umverteilung nach Oben gestoppt wird. Die Maßnahmenpakete der Regierungen in den USA und in Europa reichen dafür längst nicht aus. Ihre Wirksamkeit ist ohnehin offen und bisher sehr gering, sie kommen zu spät, die Konzepte sind widersprüchlich. Während Billionen Dollar und Euro in beispielloser Schnelligkeit für die Finanzsysteme locker gemacht wurden, nimmt man sich offensichtlich sehr viel Zeit für die dringenden politischen Veränderungen – wohl in der Hoffnung, sie nicht vornehmen zu müssen. Realwirtschaft, Arbeitsplätze, die soziale Existenz von Millionen und die Binnenkaukraft werden weiter der Krise überlassen.

Forderungen an Europa

Trotz der weltwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rolle der USA muss mit Lösungen nicht auf sie gewartet werden. Vor allem die europäischen Spielräume sind groß; die Europäische Union kann sich hier endlich als Institution im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sozialer und beschäftigungspolitischer Orientierung und als Alternative zum globalisierten Neoliberalismus und Finanzkapitalismus erweisen.

Erforderlich und möglich sind insbesondere:

■ Die Beendigung der Lissabon-Strategie, des Lohnkosten- und Unternehmenssteuer-Wettbewerbs der Staaten, des Sozialabbaus, der Deregulierung und Privatisierung und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach Oben.

■ Der »Casinokapitalismus« muss tatsächlich kontrolliert werden – Leerverkäufe, Kreditverbriefungen, Derivate und Hedgefonds müssen europaweit verboten, Steuerbefreiungen und -vergünstigungen für Finanzspekulationen gestrichen werden.

■ Die EU-Staaten können auch ohne die USA eine Devisen- und Börsenumsatzsteuer einführen.

■ Beträchtliche politische Möglichkeiten der EU gibt es, zur Auszehrung der Steueroasen und zur Stabilisierung der Devisenkurse beizutragen, um diese Spekulationen mit ihren gefährlichen volkswirtschaftlichen Folgen zu begrenzen.

■ Die Privatisierung der Altersvorsorge muss gestoppt, die Europäische Betriebsrentenrichtlinie grundlegend geändert werden.

■ Die großen Privatbanken, die ihre wirtschaftspolitische Rolle nicht mehr erfüllen, und die Versicherungskonzerne gehören unter staatliche Kontrolle oder in staatliche Hand.

■ Nicht zuletzt wären starke europäische und nationale Konjunkturprogramme erforderlich, mit denen die Massenkaufkraft und der Binnenmarkt gestärkt, die Unsicherheit der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentner verringert würde, regionale Wirtschaftskreisläufe, ortsfeste klein- und mittelständische Unternehmen und der dringende ökologische Umbau, zum Beispiel der Autoindustrie, der Energiewirtschaft und des Bauwesens, gefördert würden.

Also, fangen wir hier an, bei den Sparkassen, die Handwerkern und kleinen Kreditnehmern das Leben schwer machen, bei den Privatbanken und Versicherungskonzerne, in Deutschland und in der EU, diese Politik zu ändern,

mit wirklichen sozialen, demokratischen, ökologischen, wirtschaftlichen Alternativen. Steinbrück hatte am 25. September auch gesagt: »Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise.« Doch niemand sollte sich täuschen: Wenn man die Steinbrücks, Merkels, Bushs und Ackermänner lässt, wird die Welt wieder so wie vor der Krise. Das wäre die Welt vor der nächsten sozial zerstörerischen Krise.

Infoblatt 29 von André Brie
Abgeordneter der Partei DIE LINKE
im Europäischen Parlament Fraktion GUE/NGL
Ausgabe Dezember 2008

Kontakt: Europabüro DIE LINKE,
Martinstraße 1, 190 53 Schwerin
Fon: + 49-385-5 81 57 33, Fax: +49-385-5 81 57 34
www.andrebrie.de

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

BRIEFE AUS BRÜSSEL

29 Finanzkrise
EU-Krise
Alternativen